

# GÖTTINGER BLÄTTER

07/08.2017

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

## Göttinger Polizeiüberwachungsskandal –

### ► Aufklären und Konsequenzen ziehen!

Am 16. 06. erfuhr die Öffentlichkeit von einer massiven kriminellen Tätigkeit des Wiederholungs- und Überzeugungstäters, der Göttinger Politischen Polizei (4. Fachkommissariat). Seit Jahren werden verschiedene Daten über linke Aktivistinnen und Aktivisten aus Göttingen illegalerweise gesammelt. Die Anzahl der Betroffenen geht wohl nach ersten Einschätzungen in die Hunderte bis sogar zu tausend Menschen, die gesammelten Daten betreffen auch Fotos, Informationen von Arbeitsplätze, der Wohnanschrift, Religionszugehörigkeit, dem Familienstand usw. Oder sogar, wie die taz berichtet, eine Person würde bei REWE einkaufen. Geschnüffelt wurden auf politischen Veranstaltungen, Demonstrationen, im Social Media und laut der Frankfurter Rundschau aus angeblich gelöschten Datenvorräten. Dazu kommen gezielte Spionage von Privatpersonen, sodass zusätzlich Informationen über ihre Bewegungsprofile erstellt werden konnten. Fahren Sie Fahrrad oder gehen eher zu Fuß, benutzen sie den Bus und wann, mit wem haben Sie sich getroffen?

Diese Überwachung war mit keiner Strafverfolgung verbunden, sondern „präventiv“ und umfasste nach Auffassung der bürgerlichen Kräfte auch „nicht-extremistische“ Kräfte wie Mitglieder der Grünen Jugend, von denen ein Bild steckbrieflich auf eine Wand gepinnt.

Ein Skandal in der Tiefe und Breite für die konkret Betroffenen und auch der betroffenen Zielgruppe, ihren politischen Zusammenhängen. Aber auch für die Polizei und die politischen Verantwortlichen im niedersächsischen Innenministerium. Schlimmer: die Betroffenen dieser kriminelle Tätigkeit wurden nicht durch die Polizei informiert, vielmehr wurden die Daten laut Polizei gelöscht. Sie können nicht den Ausmaß ihrer Überwachung nicht erfahren. Aber ein Vertrauen auf die tatsächliche Löschung kann es ebenfalls nicht geben, denn sowohl in der aktuellen wie den alten Skandalen hat die politische Polizei Zugriff auf offiziell „gelöschten“ Daten. Wer kann jetzt mit Sicherheit sagen, dass die Daten umfassend gelöscht und vernichtet worden sind und nicht wieder in paar Jahren erneut erscheinen? Gab es eine Weitergabe der Informationen an den niedersächsischen Verfassungsschutz? Wenn ja, was ist mit den dort gelandeten Daten? Wir wissen dabei, dass die Göttinger Politische Polizei ein Wiederholungstäter, der aus antidemokratischer und antikommunistischer Überzeugung handelt, in einem Land in dem die KPD immer noch verboten ist. Ein weiteren Problem für die Polizei und die politischen Verantwortlichen, der niedersächsische Innenminister Pistorius (SPD), ist die Verfolgung des mutigen, mittlerweile pensionierten Polizisten, der über mehrere Jahre diese kriminelle Tätigkeit in internen Schreiben angeprangert hat und damit gescheitert ist und nun selber wegen vermeintlichen Erpressung von Strafverfolgung betroffen ist.

Der Göttinger Polizeisumpf muss ausgetrocknet werden, die Überwachung von demokratisch-antifaschistischen Kräften mit



#### im Internet

[www.goettinger-blaetter.de](http://www.goettinger-blaetter.de)

#### Kontakt

POST: Göttinger Blätter  
Lange Geismarstraße 2  
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen  
Telefon: 0551/67065

#### Inhalt

Göttinger Polizeisumpf	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Europabüro	7
Die LINKE. Kreisverband	8
DIE LINKE. Kreistagsinfo	9
GÖLinke	10
GÖLinke Ratsinfo	11
Grundstücksspekulanten	12

#### Redaktionsschluss

für die Ausgabe 09.2017  
ist der 18. August.  
Auslieferung am 24. August.

noch legalen und erst recht illegalen Mitteln muss endgültig aufhören, was nicht durch ein „Versprechen“ der Polizei, eine interne, intensive Aufklärungsarbeit zu leisten, passieren kann. Es muss durch eine strukturelle Änderung geschehen: Wir fordern die Auflösung der politischen Polizei und des Verfassungsschutz, die Bestrafung aller beteiligten Einzelpersonen und die Absetzung der politischen Verantwortlichen auf Landesebene, aber auch eine sofortige Einstellung des Strafverfahren gegen den pensionierten Kollegen und eine öffentliche und unabhängige Aufklärung durch Vertreter der gesellschaftlichen und demokratischen Kräfte. Eine Aufklärung durch polizeiliche Behörden können wir nicht vertrauen!

**Unsere Solidarität gilt mit den Betroffenen!**

**Politische Polizei und Verfassungsschutz sofort auflösen!**

**Mehr Infos unter: <https://www.inventati.org/ali/pictures/2017/solidaritaet/2017-06-21-presse.pdf>**



# Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: [www.goettingen.vvn-bda.de](http://www.goettingen.vvn-bda.de) • Email: [vvn-goettingen@secarts.org](mailto:vvn-goettingen@secarts.org)

## 🎯 „Staatsschutz“ der Polizeiinspektion Göttingen unterhält offenbar Datensammlung über hunderte Linke in Göttingen – Betroffene erheben Verwaltungsklagen

Pressemitteilung, RA Christian Woldmann (Hamburg) und Sven Adam (Göttingen) vom 16.06.2017

Das 4. Fachkommissariat (Staatsschutz) der Polizeiinspektion (PI) Göttingen verfügt(e) mindestens bis ins Jahr 2015 über fünf offensichtlich ungesetzlich angelegte Aktenordner mit personenbezogenen Daten über Linke in Göttingen. In der verdeckt angelegten Datensammlung sind Namen, Adressen, körperliche Merkmale, Religionszugehörigkeit, Arbeitsplätze, Informationen über SocialMedia-Profile, Gruppenzugehörigkeiten und Fotos von hunderten Betroffenen enthalten. Ein Zusammenhang der Daten zu laufenden Ermittlungen gegen die Betroffenen oder bestimmten Ereignissen bestand offenbar nicht. Die Nachweise über die Existenz dieser Datensammlung sind Gegenstand der Akte eines Ermittlungsverfahrens der Staatsanwaltschaft Göttingen. Diese ermittelt allerdings nicht gegen die Beamten des 4. FK wegen der rechtswidrig erhobenen Daten, sondern gegen einen indes pensionierten Beamten des 4. FK, der seit Jahren gegen die Datenerhebung behördenintern protestierte und Fotos der Aktenordner sowie Kopien einiger Inhalte zu Beweis Zwecken angefertigt hat. Dem 63-jährigen Ex-Polizisten wird versuchte Erpressung, versuchte Nötigung und Verwehrbruch vorgeworfen, weil er die Beweise zu eigenen Zwecken nutzen und die Polizeiinspektion damit habe unter Druck setzen wollen. Der Hamburger Strafverteidiger Christian Woldmann, der zusammen mit dem Göttinger Kollegen Sven Adam die Verteidigung des pensionierten Beamten übernommen hat, hält die Vorwürfe für absurd. „Das Anfertigen von Kopien und Fotos zur Beweissicherung erfüllt keinen Straftatbestand“ so Woldmann. Dass der Polizeibeamte zwei Jahre nach seiner Pensionierung einen Erpressungsversuch gestartet haben soll, ist schon nach Aktenlage blanker Unsinn. Er hat stets und bis heute lediglich intern gegen eine offenkundig rechtswidrige Praxis der Datensammlung protestiert.“

Es liegt daher nahe, dass das Ermittlungsverfahren den Beamten diskreditieren und von den massenweise rechtswidrig erhobenen Daten ablenken sollte. Denn

die Größe der Datensammlung übertrifft sogar diejenige der in der 80ern rechtswidrig erhobenen, angeblich vernichteten und in den 90ern wieder aufgetauchten sog. Spudok-Dateien.

„Für eine Datensammlung in dieser Größe und Tiefe gibt es im Niedersächsischen Gefahrenabwehrrecht keine Rechtsgrundlage und kann es auch nicht geben. Diese Datenerfassung ist mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung schlicht nicht vereinbar“, stellt RA Sven Adam fest. Er hat deshalb für zunächst acht Betroffene am vergangenen Mittwoch auch Klagen gegen die Polizeidirektion Göttingen beim Verwaltungsgericht Göttingen (z.B. Az.: 1 A 169/17, 1 A 17017, 1 A 171/17 etc.) eingereicht, die Beschlagnahme der Aktenordner beantragt und volle Akteneinsicht verlangt.

Die Polizeidirektion Göttingen ist zwar verfahrensrechtlich zuständig, dürfte von der Datensammlung des 4. FK der Polizeiinspektion Göttingen selbst aber keine Kenntnis gehabt haben. „In Antworten der Polizeidirektion auf Auskunftersuchen werden diese Daten nicht erwähnt. Dass die Datensammlung entgegen der sonstigen Praxis nicht digital geführt wird, belegt, dass diese Datenerfassung für den Rest der Polizei unbekannt bleiben sollte. Das 4. FK scheint insoweit ein Eigenleben entwickelt zu haben“ vermutet Adam zunächst abschließend und vorbehaltlich anderer Erkenntnisse aus der zu erwartenden Akteneinsicht.

### Passend dazu auch eine Pressemitteilung der Grünen Jugend vom 30.05.2017,

als Mitglieder der Grünen Jugend, der Grünen und der Jusos Auskunftersuchen an den niedersächsischen Verfassungsschutz und das Landeskriminalamt stellten. Ziel der Anfrage war es, Einblick in potentiell gespeicherte Daten zu bekommen und ein Signal gegen die pauschale Kriminalisierung antifaschistischen Protestes zu setzen. Marie Kollenrott, Mitglied des Stadtvorstandes der Grünen, sagte damals: „Die Verfahrens- und Prozessflut gegen Nazi-Gegner\*innen gibt derzeit sehr viel Anlass zur Sorge. Die Vorwürfe stellen sich meist als haltlos heraus. Von 80 im Jahr 2016 eingeleiteten Verfahren wurden von 44 Geprüften ganze 36 eingestellt. [...] Der Schluss, dass Nazi-Gegner\*innen derzeit oft ohne hinreichende Rechtfertigung kriminalisiert werden, liegt nahe.“ Ein Mitglied der Jusos erklärte: „Der Protest gegen Rassismus und Nationalismus ist nicht nur legitim, sondern auch notwendig. [...] Insbesondere die Stürmung der „Bündnis gegen Rechts“-Kundgebung auf dem Albiplatz am 31.07. durch die umstrittene Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit (BFE) war erschreckend. Die Verfassungsschutz-Skandale der Vergangenheit, als die Beobachtung von Mitgliedern der Jusos und auch der GRÜNEN JUGEND aufflogen, lassen uns befürchten, dass wieder Aktive widerrechtlich überwacht werden.“

## Spendet für kriminalisierte Göttinger Antifaschisten!

Mittlerweile haben die ersten Strafverfahren gegen Göttinger Antifaschisten vor dem Göttinger Amtsgericht begonnen. Hintergrund sind die Bündnisproteste gegen die Kundgebungen des sog. Nazi-„Freundeskreis Thüringen-Niedersachsen“.

Um die Angeklagten bei ihrer juristischen Verteidigung finanziell zu unterstützen, hat die Rote Hilfe Göttingen ein Spendenkonto eingerichtet. Die darauf eingehenden Spendengelder sind für die Anwalts- und Verfahrenskosten in diesen und weiteren Verfahren gedacht.

### Angeklagt sind einige, gemeint sind wir alle!

Das Spendenkonto lautet:

**Rote Hilfe e.V. OG Göttingen**

**IBAN: DE72 4306 0967 4007 2383 99**

**GLS-Bank, Stichwort: „Antifaschismus“**

# Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen  
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de



**Statt Mv:**  
**Grillen in Gunnars Garten, Grillgut muss mitgebracht werden!**  
**Dienstag, den 11. Juli, 20:00 bei Gunnar**

## ▶ Kuba legt Reformvorschlag für UN-Sicherheitsrat vor. Von Marcel Kunzmann, amerika21

**New York.** Auf der Sitzung zur Reform des UN-Sicherheitsrats bei den Vereinten Nationen in New York hat Kuba einen Reformvorschlag vorgelegt. Die kubanische Delegation forderte darin, den Sicherheitsrat von derzeit 15 auf 26 Staaten zu erweitern sowie das Vetorecht auf alle Mitglieder auszudehnen. Die Auswahl der neuen Mitglieder soll nach dem kubanischen Vorschlag die Vertretung der Entwicklungsländer stärken.

„Das wichtigste Ziel der Erweiterung muss die Korrektur der Unterrepräsentation der Entwicklungsländer Afrikas, Asiens und Lateinamerikas in diesem Organ sein. Diese untergräbt die Interessen des Sicherheitsrates, seine Autorität und seine Glaubwürdigkeit“, sagte der Leiter der

kubanischen UN-Delegation, Humberto Rivero, auf der Tagung am Dienstag.



Dem kubanischen Diplomaten zufolge müsse die Reform des Sicherheitsrats drei Schlüsselbereiche abdecken: Die regionale Parität, die Größe des Gremiums sowie die Kategorien der Mitglieder. Derzeit besteht der Rat aus fünf ständigen sowie zehn nichtständigen Mitgliedern, die alle

zwei Jahre neu besetzt werden. Nur die fünf permanenten Mitglieder Frankreich, Russland, Großbritannien, USA und die Volksrepublik China verfügen jedoch über ein Vetorecht und können somit Beschlüsse blockieren.

Neben der Erweiterung um elf weitere auf 26 Staaten forderte die kubanische Delegation auch die Ausdehnung des Vetorechts auf alle Mitglieder. Kuba war dreimal Mitglied des UN-Sicherheitsrats, zuletzt 1990 bis 1991. Das sozialistische Land setzt sich zusammen mit anderen Ländern schon seit längerem für eine tiefgreifende Reform des Organs ein. In einem Vorschlag aus dem Jahr 2014 machte sich Kuba für eine mögliche Aussetzung des Vetos bei einer Mehrheit von zwei Dritteln der Generalversammlung stark.

## ▶ Konzert zu Ehren der Beatles in Kuba. Von Kerstin Sack amerika21

**Havanna.** Am 1. Juni hat in der Hauptstadt von Kuba ein Konzert zum 50. Jahrestag der Beatles-LP „Sgt. Pepper’s Lonely Hearts Club Band“ stattgefunden. Sieben kubanische Musikgruppen nahmen daran im John-Lennon-Park im Stadtteil El Vedado teil. Organisiert haben das Konzert der Musiker und Komponist X Alfonso, der Musikwissenschaftler Guille Vilar und das Kulturministerium. Damit sollen die Beatles geehrt und ihr Einfluss auf die kubanische Musik unterstrichen werden.

Die Beatles haben in Kuba zahlreiche Fans in allen Generationen. Das zeigte schon die Einweihung des John-Lennon-Denkmals im Jahr 2000 im gleichnamigen Park. Damals nahmen nicht nur Fidel Castro, der damalige Kulturminister Abel Prieto und zahlreiche Musiker an der Einweihung teil, sondern auch viele Musikbegeisterte. Am Abend fand auf dem „Antiimperialistischen Platz“ direkt vor der US-Interessenvertre-

tung – heute die US-Botschaft – ein Konzert als Hommage an John Lennon statt.



In den sechziger Jahren waren die Beatles in Kuba nicht gern gesehen. Die kommunistische Regierung sah in ihrer Musik eine Gefahr für die Jugend. Bei der Einweihung des Denkmals entschuldigte sich Fidel Castro persönlich für dieses Vorurteil. Ihm sei erst später klar geworden, welche wichtige Rolle John Lennon im Kampf für den Frieden gespielt hatte. Auch dieses Konzert zur Ehren von „Sgt. Pepper“ soll

den Wunsch nach Frieden bekräftigen. Bei dem öffentlichen kostenlosen Konzert sangen viele Zuschauer textsicher mit.

Zu der Skulptur von John Lennon pilgern sowohl Kubaner als auch ausländische Besucher. Sie wird von einem Parkwächter geschützt, nachdem einmal die Brille gestohlen wurde. Gerne ist er bereit, ein Foto von den Besuchern an der Seite von Lennon zu machen.

In der Nähe des John-Lennon-Parks befindet sich der Club „Yellow Submarine“, benannt nach dem gleichnamigen Beatles-Lied. In einem Raum mit Wandbildern der Beatles und Motiven aus ihren Liedern spielen kubanische und internationale Bands, die Beatles-Lieder interpretieren. In Kuba haben die Lieder der britischen Band Einfluss auf zahlreiche Musikrichtungen genommen, die Motive finden sich in den Werken von Chören, Rock-, Reggae- und Hip-Hop-Gruppen.

# Deutsche Kommunistische Partei

## Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, dkpgoettingende.wordpress.com , goettingen@dkp-niedersachsen.de

## ► Festival der Jugend – Ein Rückblick

In Köln fand am vergangenen Pfingstwochenende das Festival der Jugend unter dem Motto "Zeit für Widerstand" statt. Den Auftakt machte am Freitag ein Konzert unter anderem mit den Kölner Lokalmatadoren von »Cunning Mantrap«. Alle zwei Jahre investieren ehrenamtliche SDAJlerInnen Wochen und Monate an Zeit und Kraft um dieses Festival auf die Beine zu stellen. Die Philosophie dahinter ist eindrücklich. Mit einem selbst organisierten, nicht-kommerziellen Festival, mit vielen politischen Workshops, Lesungen, aber auch Sportangeboten aller Art und natürlich cooler Musik soll ein Raum geschaffen werden, in dem solidarisches Miteinander gelebt werden und eine echte Gegenkultur aufblühen kann. Für Tagesgäste war das Festival wie immer kostenlos und auch der Preis für Dauergäste von 40 Euro, bzw. 30 Euro ermäßigt, war durchaus erschwinglich, zumal die Kosten für Zeltplatz, Frühstücks und die Mittagessen mit inbegriffen waren. Mit 82 Programmpunkten wurde das Kultur- und Freizeitangebot des Festivals dieses Jahr stark ausgebaut. Neben einer Reihe von praktischen Workshops, in denen man sich von Fotografen, Rappern, Tänzern oder DJs ein paar Skills mitgeben lassen konnte, Demo-Training, Holzarbeit in der Werkstatt, Yoga,

Fußballturnier und vielem mehr, wurden inhaltliche Runden aller Art angeboten. Von "SchülerInnenpolitik" über "G20", bis hin zu "Merkmale einer sozialistischen Gesellschaft" - inhaltlich war für jeden was dabei. Auch die musikalische Begleitung mit KünstlerInnen wie dem Hamburger Rapper "Disarstar" oder der italienischen Ska-Band "Los Fastidios" ließ nicht viel zu wünschen übrig. "Residance against fascism" hieß es am Samstag Abend, als die Mainacts die Meute zum tanzen brachten. All das hat das diesjährige Festival zu einem echten Erfolg gemacht, was sich unter anderem durch die etwa 2000 Gäste verdeutlichte - die höchste Teilnehmerzahl seit gut 20 Jahren. Finanziert wurde das Jugendfestival über Crowdfunding. Rund 7.000 Euro sollen dabei gesammelt worden sein. Dem hinzu kommt, dass auch der UnterstützerInnenkreis mit über 30 Organisationen rekordverdächtig groß war. Darunter die Naturfreundejugend NRW als Mitveranstalter, aber auch verschiedene Gewerkschaften, Aktionsbündnisse, SchülerInnen- und andere Jugendgruppen. Maßgeblich unterstützt wurde das SDAJ-Festival in diesem Jahr aber wieder von der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP). Wer einem Festival, dass auf solidarischem Miteinander und politischem

### Mitgliederversammlungen/ Termine/Veranstaltungen

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden bei **Arbeit und Leben, Lange Geismarstr. 72**, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

#### MV Dienstag, 18. Juli, 20:00 Uhr

Rentenkampagne der Gewerkschaften - was läuft mit der Rente? Referent Tom

#### Dienstag, 01. August, 20:00 Uhr

Gunnars Gartenfest

#### MV Dienstag, 15. August, 20:00 Uhr

Wahlprogramme im Vergleich - Vorbereitung auf die heiße Phases des Wahlkampfes (Referent: Toto)

#### MV Dienstag, 29. August, 20:00 Uhr

Bildungsabend: Oktoberrevolution (Referent: Toto)

**Die DKP-Treffen finden jetzt jeden ersten und dritten Dienstag im Monat statt (ggf. auch den fünften).**

Austausch fußt nicht per se abgeneigt ist, der/die kam auf dem Festival der Jugend garantiert auf seine/ihre Kosten!

## ► Karriereberatungsbüro der Bundeswehr in Agentur für Arbeit schließen!

Sie wollen es nicht aufgeben: auch wenn die Nachfrage erfreulich (für die Veranstalter eher erschreckend) gering war, wollen sie weiter Räume in der Arbeitsagentur anmieten, um flankiert von allerlei Werbeplakaten auch auf unseren Stadtbussen und mit Youtube-Videos, junge Leute für ihren Dienst zu gewinnen.

Die Rede ist vom Rechtsnachfolger der Wehrmacht, vor Kurzem haben wir erneut bemerken dürfen, dass Rechtsnachfolger ein sehr passender Ausdruck ist. Im kommenden Jahr wird das Karriereberatungsbüro der Bundeswehr in Göttingen ein runden Geburtstag haben, 5 Jahre. Alt genug, um wieder geschlossen zu werden.

Und das ist schon einmal Unding Nummer 1: Dass neben ehrbaren Firmen auch eine Institution wie die Bundeswehr tun darf, als ginge es bei ihrer Tätigkeit um ein seriöses Handwerk, Hochwasserschutz inbegriffen. Das ist es mitnichten! Das wissen wir auch, weswegen es hier vielleicht überflüssig ist, alle Einzelheiten der Ausbildung zum Töten auszubreiten. Unding Nummer 2 ist, dass man sich hierzulande über Kindersoldaten in Afrika aufregt, aber nichts dagegen hat, dass die Zahl der Minderjährigen bei der Bundeswehr auf immer neue Höhen klettert, zugegeben, ein Altersunterschied existiert, nicht aber ein Unterschied des Waffenherstellers. Deutsche Waffen sind

spätestens seit Rotgrün in aller Welt ein Verkaufsschlager.

Unding 3 ist, dass die Bundeswehr, obwohl sie von ihren alten Konzepten des „Bürgers in Uniform“ nach Aussetzung (nicht Abschaffung) der Wehrpflicht weiter abbrückt, sich immer noch versucht als Verteidigungsarmee darzustellen. Ein Bundespräsident, der dies öffentlich in Frage stellte, wurde vor fast genau sieben Jahren aus dem Amt gedrängt. Ein imperialistisches Land, wie es Deutschland ist, wird seine Interessen immer offensiv verteidigen müssen, derzeit 15 Kriegseinsätze mit mehr oder minder großer Beteiligung sprechen da eine deutliche Sprache.

**Wir wollen keine Bundeswehr, wir wollen sie nicht für ihr blutiges Geschäft werben lassen und wir wollen sie auch nicht in unserem Arbeitsamt!**

# GROBIAN

## Groner Bürgerinitiative Antifaschismus

- ☛ Kontakt unter 0551-9004939 (Hendrik)
- ☛ mail: grobian-grone@web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags, Ort bitte vorher erfragen



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer  
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

## ► 10 Jahre Nachbarschaftszentrum Grone: Grobian gratuliert!

**Am 9. Juni wurde der 10. Geburtstag des Nachbarschaftszentrum Grone gefeiert. Und es gab eine kleine Feier, bei der die Existenz, aber vor allem auch die Arbeit des Zentrums gewürdigt wurde. Die Grobiane waren da, haben teilgenommen und waren durch ihre t-shirts erkennbar.**

Aber es ging nicht nur um die 10 Jahre, die das Gebäude jetzt steht,

sondern um die insgesamt 20 Jahre, in denen hier aktive Stadtteilarbeit geleistet wurde: Zunächst gab es das Stadtteil-Büro, von dem aus zwei Kulturmanager vor allem aufsuchende Arbeit geleitet haben. Nach wenigen Jahren wurde das Stadtteil-Zentrum in der Sollingstraße 3c installiert und die Grobiane gehörten zu den allerersten Nutzern und Unterstützern.

Die dort tätigen KollegInnen hatten ihren Schwerpunkt auf die Vernetzung der im Stadtteil tätigen Vereine und Gruppen gelegt; vor allem der zu dieser Zeit vielen Projekte.

Die Gründung des Nachbarschaftszentrum Grone e.V., dem heutigen Träger des NBZ, war dann aber eine Fremdgeburt: Die Stadt Göttingen traute sich nicht, im Stadtteil aktive Gruppen und Menschen anzusprechen sondern holte die drei Groner Kirchengemeinden und ortsfremde Wohlfahrtsverbände, um diesen Verein gründen zu lassen.

Auch wenn der Oberbürgermeister, Hans-Georg Köhler, in seiner Ansprache darauf hinwies, dass ein Nachbarschaftszentrum nur dann gelingen kann, wenn die Menschen vor Ort eingebunden sind, ist dies immer noch nicht der Fall: Der Verein ist ein „closed shop“, in dem man keine Groner haben will. So wurde der Aufnahmeantrag des Vereins „In Grone e.V. vor einigen Jahren ohne Begründung abgelehnt.

Nichts desto Trotz gratulieren die Grobiane und wünschen sich wieder eine verstärkte Stadtteilarbeit mit dem NBZ als Zentrum.

*(gusi)*



Blick in den Saal



Grobiane mit dem Fraktionsvorsitzenden der Göttinger Linke im Rat der Stadt



Ivonne Hilpert, Leiterin des NBZ, Hans-Georg Köhler, OB, Thomas Harms, derzeitiger Vorsitzender des NBZ e.V.



Gunnar Siebecke im Gespräch mit der Ortsbürgermeisterin, Birgit Sterr

# DIE LINKE.

[www.die-linke-goettingen.de](http://www.die-linke-goettingen.de)

## Kreismitgliederversammlung

Nächster Termin im September!

## Termine der Ortsverbände

### OV Göttingen Mitgliederversammlung

Montag, 7. August 2017, 19:00 Uhr bei Arbeit & Leben, Lange-Geismar-Str. 72/73

#### Tagesordnung:

1. Nachwahl zum OSR
2. Kurzer Input zum Schwerpunktthema Steuerpolitik
3. Anstehende Aufgaben in den Wahlkämpfen

### OV Kreis Osterode Mitgliederversammlung

Termin bitte bei Ilyas Cangöz erfragen.

### OV Dransfeld Mitgliederversammlung:

Mittwoch, 9. August, 18 Uhr, Tulpenweg 2 a, Keller, Dransfeld.

### OV Rosdorf Mitgliederversammlung

Mitwoch, 30. August, 19.30 Uhr in der Gaststätte Zum Krug, Mühlengrund 23, Rosdorf

## Weitere Termine

### Samstag, 8.07.17 Demo gegen G20 in Hamburg

#### Abfahrt des Busses morgens, 7:15 Uhr ab ZOB

Fahrkarten bitte auf der Seite [busse.g20-demo.de](http://busse.g20-demo.de) ordern!

Auf dieser Seite auch nähere Informationen zu der gesamten Protestwoche. Weitere Infos zur Vorbereitung findet Ihr auf der Seite „Göttingen goes G20“ auf Facebook.

### Samstag, 29.07.17 Wahlkampfwerkstatt DIE LINKE:

„Auf die Beine!“

#### Ort: Naturfreundehaus Göttingen, Naturfreundeweg 1

(im Stadtplan meist: „Auf dem Hagen 38“, 37079 Göttingen)

Zeit: 10 bis 18 Uhr mit Pausen (anschließend gemeinsames Grillen)

Genaue Infos gibt es per Newsletter. **Achtet auf Ankündigungen!**



## KV Göttingen/Osterode

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen

Tel.: (0551) 49 56 66 80

[kreisverband@die-linke-goettingen.de](mailto:kreisverband@die-linke-goettingen.de)

## Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: [kreisverband@die-linke-goettingen.de](mailto:kreisverband@die-linke-goettingen.de)

## Linksjugend [;solid]:

Ansprechpartnerin: Katja Sonntag

[Katja.Sonntag@dielinke-goettingen.de](mailto:Katja.Sonntag@dielinke-goettingen.de)

## Ortsverbände:

### OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

[ortsverband@dielinke-goettingen.de](mailto:ortsverband@dielinke-goettingen.de)

### OV Rosdorf

Stine Rummel-Strebelow

Tel. 0551/49269269 und 01577/5895059

[rosdorf@dielinke-goettingen.de](mailto:rosdorf@dielinke-goettingen.de)

### OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,

[bovenden@dielinke-goettingen.de](mailto:bovenden@dielinke-goettingen.de)

### OV Kreis Osterode

Ilyas Cangöz

[kreis.osterode@die-linke-goettingen.de](mailto:kreis.osterode@die-linke-goettingen.de)

### OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,

37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,

[dransfeld@dielinke-goettingen.de](mailto:dransfeld@dielinke-goettingen.de)

## Zusammenschlüsse:

### Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973

Festnetz: 0551-40137061

[eckhardfascher@web.de](mailto:eckhardfascher@web.de)

### Antikapitalistische Linke

Edgar Schu, Tel. 0551-20190386

[edgar.schu@goettinger-linke.de](mailto:edgar.schu@goettinger-linke.de)

### AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,

Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,

E-Mail: [ag-gb@dielinke-goettingen.de](mailto:ag-gb@dielinke-goettingen.de)

### AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0551-486538

### Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer

E-Mail: [SL-Goettingen@web.de](mailto:SL-Goettingen@web.de)

### Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,

E-Mail: [walter.noobsch.kpf@gmx.de](mailto:walter.noobsch.kpf@gmx.de)

## Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Dr. Eckhard Fascher, Genfstraße 18,

37079 Göttingen, Tel. 01523 2077973

oder 0551-40137061

E-Mail: [eckhardfascher@web.de](mailto:eckhardfascher@web.de)

## Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Göttingen

IBAN:DE39 2609 0050 3401 5108 00

BIC: GENODEF1GOE

# DIE LINKE.

im Europaparlament

Sabine Lösing, MdEP

## ▶ Invest in peace, not in war!

Am 25. Mai trafen sich die Staats- und Regierungschefs der NATO Mitgliedsstaaten im neuen ca. 1,1 Milliarden Euro schweren NATO Hauptquartier in Brüssel. Vor dem Treffen wurde die NATO von Ursula von der Leyen als „Wertegemeinschaft“ bezeichnet. Das ist scheinheilig, zeigt sich doch, dass sie nichts anderes ist als ein Kriegs Bündnis. Die militärische Absicherung der wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen seiner Mitglieder stehen im Mittelpunkt ihrer Politik. Diese sogenannte „Wertegemeinschaft“ stört sich dabei nicht an einem Erdo an, der sich seine eigene Präsidialdiktatur in der Türkei bastelt und atmet erleichtert auf, wenn sich Trump entgegen wahlkämpferischer Ankündigungen, bei denen er die NATO als „obsolet“ bezeichnete, ihr wieder zuwendet. Auch in Hinblick auf ihre alltägliche Kriegspolitik in Libyen, Afghanistan, dem Kosovo oder Syrien ist eins klar: Mit humanistischen Werten hat die NATO nun wirklich gar nichts am Hut!

Außerdem beharrte Trump der das erste Mal seit seinem Amtsantritt in Brüssel zu Besuch war darauf, dass 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der NATO-Mitgliedsstaaten für Militärausgaben aufgebracht werden sollen, wozu sich die Mitgliedstaaten verpflichtet hätten. Richtig ist jedoch, dass sich die Staaten, laut der Abschlusserklärung von Wales 2014, auf die 2 Prozent „zubewegen“ sollen. Somit handelt es sich um eine politische Zielsetzung und nicht um einen rechtlich verbindlichen Beschluss, wie es nicht nur von Trump immer wieder behauptet wird. Darüber hinaus wäre die Umsetzung des 2% Richtwerts aus friedenspolitischer und sozialpolitischer Perspektive eine Katastrophe und würde die Rüstungsausgaben der Mitgliedsstaaten drastisch erhöhen. Geld, welches woanders dringend gebraucht wird. Für Deutschland würde dies eine Steigerung von aktuell 37 Mrd. auf 60 bis 70 Mrd. Euro für Rüstung bedeuten.

Während sich die großen Rüstungskonzerne über diese Entwicklung wohl freuen würden, hat die deutsche Bevölkerung eine ganz andere Meinung zu diesen Plänen- laut einer aktuellen Emnid-Umfrage sprechen sich 60 Prozent der Befragten gegen einen Aufrüstungskurs aus!

Außerdem setzt die NATO auf ihrem Treffen ihren Expansionskurs in Osteuropa fort. Montenegro nahm zum ersten Mal an der Konferenz in Brüssel teil und wird Ende Juni offiziell als 29. Mitglied in das Militärbündnis aufgenommen. Dieser Expansionskurs der NATO hat vor allem in Osteuropa schwere Konflikte mit Russland verursacht. Anstatt immer neue Aufrüstungspläne in Osteuropa zu schmieden, sollte das Bündnis endlich aus der Eskalationsspirale aussteigen und den Dialog mit Russland suchen.

Auch innerhalb der EU werden die Stimmen derjenigen lauter, die nach dem Brexit und der Trump Wahl sicherheitspolitische Konsequenzen ziehen wollen, was primär einen massiven Ausbau des EU-Militärapparates beinhalten soll. Besonders die Briten hatten sich häufig für die NATO als zentralen Bestimmungsort in sicherheitspolitischen Fragen und gegen eine Stärkung der EU-Militärkomponente ausgesprochen.

Mittlerweile wurde sich allerdings darüber verständigt, noch in diesem Jahr die „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ (SSZ) zu aktivieren. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass die SSZ es erlaubt, das bis dato gültige Konsensprinzip im Militärbereich elegant auszuhebeln. Gemäß Artikel 46 (6) des Vertrags von Lissabon kann eine SSZ mit qualifizierter Mehrheit begründet werden, anschließend „bezieht sich die Einstimmigkeit allein auf die Stimmen der Vertreter der an der Zusammenarbeit teilnehmenden Mitgliedsstaaten.“ Mitmachen darf zudem nur, wer anspruchsvolle Rüstungskriterien erfüllt – der Rest bleibt bei diesem militärischen Kerneuropa ausgeschlossen. Frei nach dem Motto: Wer aufrüstet, darf auch mitreden!

Noch skandalöser ist, dass das sogenannte „Instrument für Stabilität und Frieden“, eigentlich ein Instrument der Entwicklungshilfe, nach einem Vorschlag der EU-Kommission zukünftig so umfunktioniert werden soll, dass es für Ausbildung und Aufrüstung lokaler Streitkräfte verwendet werden kann. Auch hier wird versucht den Finanzierungsvorbehalt des Artikel 41, Absatz 2 des EU-Vertrages zu unterlaufen, der verbietet, „Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspoli-

### Europabüro Göttingen

Lange Geismarstraße 2  
37073 Göttingen  
tel 05 51- 507 66 823  
fax 05 51- 507 66 838  
[europabuero-loesing@web.de](mailto:europabuero-loesing@web.de)  
[www.sabine-loesing.de](http://www.sabine-loesing.de)

tischen Bezügen“ aus dem EU-Haushalt zu bestreiten. Wir als LINKE fordern, dass die Entwicklungshilfe der EU nicht zweckfremdet wird und stattdessen für die Krisenprävention und die Armutsbekämpfung ausgegeben wird.

Nach Trumps fragwürdigen Auftritt auf dem NATO Treffen in Brüssel und dem anschließenden G7-Gipfel auf Sizilien äußerte sich Angela Merkel besorgt über das transatlantische Verhältnis: „Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, die sind ein Stück vorbei“. Trumps Aussagen werden so in zwei völlig entgegengesetzte Richtungen instrumentalisiert. Einerseits sei die Aufrüstung notwendig, um die US Regierung unter Trump mit ihrer Einforderung des 2%-Ziel nicht zu verprellen und andererseits müsse aufgerüstet werden, weil sich die EU-Staaten nicht mehr in der Form auf die USA verlassen können wie früher. Das macht eins deutlich: egal wie man Trumps Aussagen auffasst, die EU nutzt sie um eine massive Hochrüstung besonders der europäischen NATO-Verbündeten zu rechtfertigen.

Ich halte diese militärpolitische Entwicklung für katastrophal. Anstatt eine Kriegspolitik im Rahmen der EU oder der NATO voranzutreiben, sollten die Regierungen endlich in Soziales, Bildung und die Armutsbekämpfung investieren. EUropa muss daher auf Abrüstung und Krisenprävention setzen. Die Entwicklungshilfe sollte nicht an den eigenen kurzfristigen Wirtschafts- und Handelsinteressen sowie an geostrategischen Machtspielen ausgerichtet sein, sondern auf die langfristige und nachhaltige Entwicklung in den geförderten Regionen zielen. Es ist fatal, dass sich die EU darauf konzentriert ihre militärischen und wirtschaftspolitischen Weltmachtphantasien hinterherzujagen und kostspielige Militarisierungsinitiativen voranzutreiben. Stattdessen sollte sie anfangen sich den wirklichen Sorgen und Nöten der Menschen anzunehmen.

**Mein Appell daher: Stoppt die Militarisierung und die Aufrüstung von NATO und EU!**

## ▶ Auf zum Wahlkampf

**Liebe Genossinnen und Genossen,**  
Direkt nach den Sommerferien am 2. August tritt der Bundestagswahlkampf in seine heiße Phase. DIE LINKE hat in Hannover ihr Programm zur Bundestagswahl 2017 beschlossen: „Die Zukunft, für die wir kämpfen: SOZIAL. GERECHT. FRIEDEN. FÜR ALLE.“ Unser Direktkandidat ist Konrad Kelm. Jetzt gilt es, unsere Alternativen zur Großen Koalition bekannt zu machen. Helft alle mit, damit wir mit vielen Leuten ins Gespräch kommen. Wir stehen zusammen für soziale Gerechtigkeit. Vor der Wahl und nach der Wahl, in den Parlamenten und im Betrieb, im Krankenhaus, auf der Straße,

im Alltag. Wer sich nicht bewegt, kann nichts bewegen. Lasst uns gemeinsam etwas bewegen.

Mit unser aller Einsatz können wir ein gutes Wahlergebnis einfahren, zweistellig zu werden ist möglich. Wer mithelfen will, muss nicht Mitglied der Linken sein.

### Die nächsten Termine sind:

▶ Sitzung des Wahlkampfteams **am Mittwoch, den 12. Juli um 19.00 h** bei Arbeit & Leben, Lange Geismarstraße 72-73

▶ Warmlaufen für den Wahlkampf – Infostand **am Samstag, den 15.7.2017**

▶ **Samstag, den 29.7.:** „Auf die Beine“ Workshop, Naturfreundehaus, **ab 10 h**

Wir freuen uns auf euch und bitten euch um eure aktive Beteiligung.

Alle Genossinnen und Genossen sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten sind herzlich eingeladen.

In Kürze erfahrt ihr alles über die geplanten Wahlveranstaltungen. Helft mit bei den Infoständen, den Steckaktionen und den Plakatierungen.

Weitere Infostände wird es im Kreisgebiet, vor allem in Duderstadt, Hann. Münden und Osterode geben. Direkt im Anschluss an die Bundestagswahl geht es in den Landtagswahlkampf über.

Wer helfen will, kann dies am einfachsten per Telefon unter 0551-49566680 oder mit einer E-Mail an: **[kreisverband@dielinke-goettingen](mailto:kreisverband@dielinke-goettingen)**.

## ▶ Zukunft der LINKEN

### Anmerkungen zum Hannoveraner Bundesparteitag

Vom 9. bis 11. Juni haben die Delegierten in Hannover getagt und um das Wahlprogramm der LINKEN gerungen. Als einer der Hunderten von Gästen (und als Einbringer eines kleinen Antrags im Auftrag unseres Kreisverbandes) war ich dort vor Ort.

Das Wahlprogramm ist nach diesem Parteitag schärfer gezeichnet, die Forderungen ein deutlicher Angriff auf die Reichsten und Mächtigen in diesem Land. Das will ich vorweg aus meiner Sicht feststellen.

Aber genau so wie es in vielen linken Publikationen, von der jungen Welt und dem Neuen Deutschland bis zur Wochenzeitung UZ und in vielen Einzelbeiträgen namhafter Autor\*innen nach dem Parteitag geschrieben wurde, kamen auch mir einige Punkte problematisch vor. Warum wird in dem Kapitel zu Frieden (Kap. XV) zwar im gesamten Text stets von der Ablehnung jeglicher Auslandseinsätze der Bundeswehr gesprochen, es jedoch mit folgendem Satz beendet? „DIE LINKE wird sich nicht an einer Regierung beteiligen, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, die Kriege führt oder **Kampfeinsätze** der Bundeswehr im Ausland zulässt.“ Dieses Ergebnis wurde unter anderem durch die fragwürdige, in

den Raum gestellte Behauptung begünstigt, dass man eine Änderung im Vergleich zum Erfurter Parteiprogramm vornehmen würde, wenn man konsequent beim umfassenderen Begriff „Auslandseinsätze“ bleiben würde. Ähnlich waren die Ergebnisse wenn es darum ging, ob man eine fundamental kritische Haltung zur Europäischen Union – wohlgemerkt nicht zu Europa! – einnehmen dürfe. Der Parteitag fand zu der Haltung, dass die EU reformierbar sei. Ein „Neustart“ sei möglich. Später gab es einen Antrag zum Thema Autobahnprivatisierung. Er führte nicht zur Verurteilung der Handlungsweise von LINKEN Vertreter\*innen in Landesregierungen, welche den Gesetzesänderungen im Bundesrat zugestimmt hatten. Deren Handlungsweise wurde zwar als Fehler benannt, doch die Mehrheit fand Verständnis für ihr Handeln.

Das erscheint zunächst nur inkonsistent. Auffällig ist aber, dass es um Punkte geht, welche von SPD und Grünen und den herrschenden Medien stets mit viel Druck als Kriterien für die Regierungsfähigkeit der LINKEN vorgetragen werden.

Die Programmatik zu zentralen Themen wie der sozialen Frage, einschließlich der Steuerpolitik wurde aber vorteilhaft weiter entwickelt:

Die Forderungen zu Rente und Krankenversicherung, ebenso das Steuerkonzept, und davon abgeleitet die Möglichkeiten, die Infrastruktur wieder auf Vordermann zu bringen (Krankenhäuser, (Hoch-)Schulen, Straßen, alles!), gehen stets nur auf Kosten der sehr hohen Einkommen über 7.100 Euro pro Monat. Darin liegt eine Chance, dass unsere Partei nicht nur von Menschen in prekären Lebenssituationen als erste Wahl erkannt wird. Auch Erwerbstätige, kleine Selbständige, ebenso Beamte mit mittleren Einkommen, können erkennen, dass DIE LINKE ihre Interessen bedient.

Das könnte dazu beitragen, dass DIE LINKE ihre Programmatik von A bis Z eigenständig vertritt und so mit wachsendem Wählerzuspruch die Agenda- (sprich: Kapital-)Parteien, wie Sahra Wagenknecht gesagt hat, „vor sich hertreibt“.

Oder wie es der Theaterregisseur Volker Lösch in seiner Rede zum 10-jährigen Jubiläum unserer Partei in der Volksbühne Berlin gesagt hat: „Ich wünsche dir, liebe LINKE, dass du groß und stark wirst, und dass du verdammt noch mal die Nerven behältst und es noch vier Jahre in der Opposition aushältst, damit du Zeit zum Wachsen hast! Denn wenn du erst einmal groß geworden bist, dann wirst du ansagen, wo's langgeht, und dann kannst du die Welt mal wirklich verändern, und nicht nur darüber reden.“

*Edgar Schu*

# DIE LINKE. *Kreistagsinfo* aktuell

Nr. 5 - Juni 2017

Die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag informiert über die vergangene Sitzung

## EDITORIAL

Die Sitzung vor der Sommerpause war noch einmal geprägt von den Anträgen unserer Gruppe. Wie gewohnt berichten wir an dieser Stelle über die Debatte darüber. Aber auch wenn Vorschläge gemacht wurden, über die sich eine Diskussion eigentlich erübrigt, muss doch immer bedacht werden: Wenn diese nicht unter dem richtigen Briefkopf stehen, ist es schwierig, mit Sachargumenten zu überzeugen.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag  
 Kreishaus, Zi. 66  
 Reinhäuser Landstr. 4  
 37083 Göttingen  
 Tel 05 51-525 108

dielinke@landkreisgoettingen.de  
 dielinke-goettingen.de/kreistag

## TOP 7 – Freies WLAN für Besucher von Einrichtungen des Landkreises

Nicht nur im Neuen Rathaus, auch in vielen kleinen Straßencafés kann man es nutzen: Freies WLAN für alle Besucher. In den Einrichtungen des Landkreises, insbesondere im Kreishaus selbst, sieht das aber ganz anders aus. WLAN gibt es hier nur für Mitarbeiter und Abgeordnete – vorausgesetzt, es funktioniert. Aber nicht einmal Referenten, die von den Fraktionen eingeladen werden, können bisher darauf zugreifen.

Unsere Gruppenvertreterin Rieke Wolters wies dementsprechend darauf hin, dass sich der Landkreis mit der Umsetzung unseres Vorschlags endlich auf das Niveau eines Fast-Food-Restaurants in Neu-Delhi begeben würde.

Die Redner der anderen Fraktionen begrüßten unisono unseren Vorschlag und bezeichneten das Vorhaben als Selbstverständlichkeit, die es eigentlich längst geben müsste.

Der Antrag wurde dann in den Fachausschuss überwiesen, wobei einzig der SPD-Abgeordnete Aue gegen dieses in der Geschäftsordnung vorgesehene Verfahren stimmte.

## TOP 8 – Demografischen Wandel gestalten

Unsere Redner Eckhard Fascher und Hans-G. Schwedhelm wiesen in der Debatte noch einmal darauf hin, dass es sich bei den Vorschlägen in unserem Antrag um Ideen handele, die auch in den Programmen der anderen Parteien zu finden seien. Zudem erlaube die Haushaltslage eine zügige Umsetzung unserer Anregungen. Die Aufgabe, den demografischen Wandel zu gestalten, werde schließlich auf der Ebene des Landkreises wahrgenommen und die erforderlichen Kompetenzen seien hier bereits vorhanden. Die Arbeit der Demografie-Beauftragten wurde dabei positiv hervorgehoben.

Grünen-Fraktionschef Worbes hatte aber wohl nicht richtig zugehört und drosch mit seinem inzwischen gewohnten pawlowschen Beißreflex wieder einmal auf den Abgeordneten Schwedhelm ein. In seiner hilflosen Argumentation redete er irgendwas von Wahlkampf und behauptete, es sei gar kein Geld vorhanden, obwohl er sich doch sonst immer ob der guten Finanzlage selbst auf die Schulter klopft.

Die CDU wiederum würde all diese Aufgaben lieber den Gemeinden überlassen und verwies im Übrigen auf die Haushaltsberatungen. FWLG-Rednerin Rüngeling wies aber in diesem Zusammenhang darauf hin, dass das regionale Raumordnungsprogramm kaum noch Entwicklungsmöglichkeiten zulasse.

Eckhard Fascher rechnet jedenfalls damit, dass die Mehrheitsgruppe die Inhalte unseres Antrages nach einiger Zeit selbst übernehmen werde. Diesmal gab es aber die erwartete Ablehnung ohne dass zuvor Änderungen beantragt worden waren.

## TOP 14 – Keine Abschiebung nach Afghanistan

Die von uns beantragte Resolution beinhaltete die Forderung, angesichts der katastrophalen Sicherheitslage in Afghanistan keine Abschiebungen dorthin durchzuführen.

Die Beratung zu diesem Antrag wurde aber frech von der Tagesordnung abgesetzt, wie es der Kreisausschuss tags zuvor – ausgerechnet am „Tag der Flüchtlinge“ - vorgeschlagen hatte.

Ohne Worte, könnte man fast sagen. Gleichwohl begründete Mohan Ramaswamy für unsere Gruppe Unverständnis über diese Vorgehensweise. Der Kreistag vertrete die Interessen der im Landkreis lebenden Menschen. Dazu gehören nun einmal auch Menschen, die aus Afghanistan zu uns gekommen sind.

## TOP 19 – Lernort für Erinnerung und Demokratie

Die Mehrheit im Kreistag hat den von unserer Gruppe eingebrachten Antrag zur Einrichtung eines Lernortes für Demokratie abgelehnt. Das Besondere daran ist, dass der betreffende Antrag eine Übernahme eines Antrages der Fraktionen von SPD und Grünen in der Region Hannover ist.

„In einer Zeit, da die demokratischen Institutionen in Gefahr sind, ist es wichtig hier offensiv für Demokratie einzutreten und Lernorte zu schaffen, die das ermöglichen“, sagte Konrad Kelm dazu bereits im Kulturausschuss.

Die anderen Fraktionen fanden unserem Antrag theoretisch ganz prima, vermischten den beantragten Lernort mit der Zwangsarbeiter-Ausstellung und extrahierten daraus ihre Begründung, unserem Vorschlag nicht zuzustimmen.

## TOP 23 – 50 Flüchtlinge aus griechischen Camps in den Landkreis Göttingen!

Angesichts der bekannten Zustände in den griechischen Lagern konnten wir eine Zustimmung zu unserem Antrag eigentlich nur für selbstverständlich halten. Unterstützung erhielten wir dabei auch aus der FDP.

SPD und CDU pochten dagegen auf die „Einhaltung“ nicht näher erläuteter „Regeln“. Die „europäischen Beschlüsse“ seien umzusetzen. Die Ablehnung, ein Zeichen für Menschlichkeit zu setzen, hätte nicht dürtiger sein können. Peinlich.

## TOP 31 – Das AKW Grohnde abschalten

Gegen Ende der Sitzung hellte der Horizont sich dann noch einmal auf, denn der Weiterbetrieb der alten Kiste in Grohnde hat nicht mehr viele Freunde. Unser Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Allein die CDU musste nochmal meckern, es handele sich um einen „Schaufenster-Antrag“, denn der Atomausstieg sei schließlich gesellschaftlicher Konsens. Wenigstens das haben sie endlich begriffen.

Wähler\*innengemeinschaft

**Göttinger Linke**

Achtung, neuer e-Mail-Kontakt:  
sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

**Chronik einer Skandalentscheidung-**

**Die Siekhöhe bleibt**

**Gegen die Belegung der Lagerhalle auf der Siekhöhe gab es von Anfang an Protest, auch von Seiten des Groner Ortsrates und Runden Tisches.**

Bei der ersten Begehung der halbfertigen Unterkunft in 2016 war die zahlreiche Öffentlichkeit schockiert: Vor allem empörten sich ehrenamtliche FlüchtlingshelferInnen und Geflüchtete darüber, dass eine bessere Unterkunft in Weende geschlossen werden sollte, aus kaum nachvollziehbaren Gründen eines Karikerlakenbefalls.

Der Oberbürgermeister war selbst anwesend und beteuerte, man brauche

den Platz, man wolle nicht in Zelten und Turnhallen unterbringen.

Durch die tatsächlich gute Betreuung des DRK als Betreiber der Siekhöhe geriet die Kritik an der Unterkunft in ein einseitig schlechtes Licht, was sicherlich nicht im Sinne der Geflüchteten war, wie sich gezeigt hat.

Denn bei der Entscheidung des Sozialausschusses am 13.6.2017 über die Schließung von Siekhöhe oder IWF, wurde auch die so sehr gelobte Betreuung des DRK ins Feld geführt. Keine Rede mehr davon, dass es sich beim Bezug um eine Notlösung gehandelt hatte.

Weil gleichwohl alle Sachargumente gegen den Erhalt der Lagerhalle sprachen, zog die Verwaltung einen letzten Joker aus dem Ärmel: Nach Abriss des IWF plane der private Investor, dort „Auch“ Sozialwohnungen zu bauen. So wird die unsägliche Wohnsituation der Geflüchteten gegen den dringenden Bedarf an bezahlbarem Wohnraum ausgespielt. Sehr



**Kontakte:**

**Wähler\*innengemeinschaft  
Göttinger Linke**

Rotes Zentrum,  
Lange Geismarstraße 2  
37073 Göttingen  
www.goettinger-linke.de  
E-Mail: sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

**SprecherInnenkreis:**  
Thomas Bahrs, Dietmar Reitemeyer,  
Bärbel Safieh, Dr. Christian Schüler,  
Dr. Peter Strathmann, Stephan Wolf

**Kassierer:**  
Gunnar Siebecke

**Fraktion Göttinger Linke  
im Rat der Stadt Göttingen**  
Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)  
Hiroshimaplatz 1-4  
37083 Göttingen  
Telefon: 0551- 400 2347  
GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de

**Fraktionsmitarbeiter:**  
Udo Trost

**Öffnungszeiten des Büros:**  
Mo. 09:00 – 12:30 Uhr  
Mi. 14:00 – 17:00 Uhr  
Do. 13:00 – 17:00 Uhr

**Fraktionssitzung:**  
Mittwoch 17.00 Uhr (öffentlich)

**Mandatsträger:**  
Gerd Nier (Fraktionsvorsitzender)  
Rolf Ralle  
Edgar Schu

geschickt und perfide. Und so hat sich die Mehrheit des Sozialausschusses tatsächlich für den Beibehalt der Lagerunterbringung auf der Siekhöhe ausgesprochen.

Ein Beschluss, der nicht hinzunehmen ist.

**Kommunalpolitischer Arbeitskreis:**

**Mittwoch, 9. August, 19.00 Uhr Neues Rathaus, Raum 1110**

**Thema: Verschwiegenheitspflicht von Mitgliedern von Aufsichtsräten etc. – Was ist zu tun?**  
**Referent: Tom Oesterreich**

Seit der Kommunalwahl 2016 sitzen mehrere Vertreter der Göttinger Linke in Aufsichtsräten etc. städtischer Eigenbetriebe. Dort haben sie – natürlich „zum Wohl“ der jeweiligen Gesellschaft – im Rahmen ihres Mandats mitzuarbeiten und auch mitzustimmen. Sie erhalten Einblick in Geschäfts- und Finanzierungspraktiken, sie müssen sich positionieren. Aber sie können sich nur auf sich selbst verlassen, denn sie dürfen Internas nicht mit anderen diskutieren. Sie dürfen auch nicht die Öffentlichkeit informieren, wenn sie Mauscheleien oder auch nur Maßnahmen mitbekommen, die sich gegen die Mehrzahl der Bevölkerung auswirken (z.B. Preis- oder Gebührenerhöhungen). Sie sind „geknebelt“! Gleichzeitig aber sind die Mitglieder des Rates der Bevölkerung rechenschaftspflichtig: Setzen sie sich für die Belange der Bevölkerung ein oder für die Belange von Betrieben? Diesen Widerspruch wollen wir ansprechen und Möglichkeiten von Alternativen diskutieren. Besonders eingeladen sind natürlich diejenigen, die diese Funktionen innehaben: Bei der GwG, beim Sparkassenverband, bei der GöSF etc.

Wähler\*innengemeinschaft

**Göttinger Linke**  
 im Rat der Stadt Göttingen

# Ratsinfo

 Nr. 7  
 Juli 2017


## Eine Leerstunde der Demokratie oder wie man Politikverdrossenheit bewusst fördert

Am 13. Juni tagte der Sozialausschuss ungewöhnlicher Weise im Ratssaal. Der Grund: reges Zuschauerinteresse am Thema Schließung einer Unterkunft für Geflüchtete, die Zuschauerränge war komplett gefüllt. Schon im Vorfeld dieser Sitzung gab es emotionale Stellungnahmen und politisch merkwürdige Züge. Nur für Ratsmitglieder wurde eine Woche vorher eine Begehung der Unterkünfte in der Siekhöhe und dem IWF von der Verwaltung organisiert. Angemeldete Begehungen sind aber recht wertlos, sie gleichen eher einem Schauspiel und dienen weniger der Überprüfung der tatsächlichen Verhältnisse. Das ist allseits anerkannt und darum werden z.B. Altenheime nie mit einer Anmeldung überprüft. Am 13. Juni wurde eine weitere öffentliche Begehung organisiert und die hatte einige Merkwürdigkeiten: als eine Bewohnerin der Siekhöhe ihr Zimmer zeigen wollte, wurde ihr das mit der Begründung verwehrt, es störe die Privatsphäre. Ein anderer Geflüchteter erzählte vom Sportraum, in dem fast alle Geräte kaputt seien und der Raum sowieso immer abgeschlossen sei. Die Stimmung in der Siekhöhe empfanden fast alle als sehr bedrückend und beschämend.

Für die Ausschusssitzung hatten Aktivisten, die fast alle ehrenamtlich mit Geflüchteten arbeiten, ca. 1000 Unterschriften für die Schließung der Siekhöhe mitgebracht. Davon unbeeindruckt wurde die Ausschusssitzung durchgezogen als seien gar keine Interessierten im Saal. So wollte der Vorsitzende erstmal die Ausschussmitglieder nach der Aussprache abstimmen lassen und erst danach sollte die Bürgerfragerunde eröffnet werden. Für die Ausschussmitglieder stand das Ergebnis aber schon vorher fest, so dass sie auch von zu Hause ein Telefonvotum abgeben können. Es wurde zwar alle Argumente der Verwaltung für den Erhalt der Siekhöhe und der Schließung des IWF von der Bürgerfragerunde widerlegt bzw. entkräftet, gleichwohl blieben alle bei ihrer vorher festgelegten Meinung. Und die hatte es jetzt in sich: x-Mal betonte der Vorsitzende Herrmann: „wir wollen hier mal festhalten, es handelt sich bei der Siekhöhe nicht um eine menschenunwürdige Unterbringung“. Wir halten also fest: wenn Unterkünfte wie die Siekhöhe nicht menschenunwürdig sind, können demnächst alle auf Unterstützung des Staates Angewiesene in Lagerhallen untergebracht werden. Ohne Tageslicht, ohne Privatsphäre, abseits allen Lebens. So werden neue Sozialstandards gesetzt. Solche Dreistigkeiten können sich nur Sozialdemokraten und Grüne an der Macht erlauben, Hartz V lässt grüßen. Und besonders bemerkenswert ist hier das Tempo, in der alle guten Vorsätze der neuen Ratsmitglieder im Sozialausschuss über den Haufen geschmissen wurden. Gerade mal ein halbes Jahr im Rat ist alles vergessen, wofür man angetreten ist. Liest man z.B. die Selbstdarstellung von Regina Meyer auf der Webseite der Grünen, könnte man vermuten, dass sie sich angesichts ihres Verhaltens im Ausschuss nicht mehr in den Spiegel sehen kann. Den Vogel abgeschossen hat allerdings in der Sitzung die Sozialdezernentin selbst: Auf die Frage aus der Bürgerfragerunde, ob denn die Betroffenen, d.h. Geflüchtete in dieser Angelegenheit gehört oder sonst wie eingebunden wurden, meinte sie: (Zitat): „wenn ich einen Flüchtling frage ob er lieber in der Siekhöhe oder einem Hotel untergebracht wäre, dann weiß ich doch was der antwortet“. Wer sich die Welt so zurecht legt, braucht mit niemanden mehr zu diskutieren. Hatte Frau Broistedt im Vorfeld der Sitzungen noch dahingehend argumentiert, es gehe vor Allem um das Wohl der Geflüchteten und nicht um die Ansichten der Unterstützer, so machte sie trotzdem parallel dazu ihre eigene Politik: alle Fraktionen bekamen aus ihrem Büro 3 Briefe von Ehrenamtlichen aus der Siekhöhe, in der sie ihre Arbeit und die Dankbarkeit der Geflüchteten lobten. Zufälligerweise erfuhren wir von einem Brief mit einer ganz anderen Ansicht, ebenfalls an das Büro von Frau Broistedt gesandt. Keiner Fraktion wurde dieser Brief weitergeleitet. Die Sozialdezernentin wird sich schon vorwerfen lassen müssen, dass sie durch bewusste Selektion Meinung macht und beeinflussen will.

Aber zurück zur Sitzung: besonders gelobt von der Verwaltung und rot/grün wurde die Krankenstation auf der Siekhöhe. Auch das wurde von den Zuschauerrängen als absurd erkannt: Es gibt in ganz Niedersachsen keine Stadt mit einer höheren Dichte an Ärzten und Krankenhäusern als in Göttingen. Eine Erste-Hilfe-Station in diesem Umfeld als ein besonders hervorzuhebendes Merkmal darzustellen, zeugt eher von Hilflosigkeit in der Argumentation. Besonders perfide wurde es, als Thomas Harms plötzlich seinen eigenen Trick vorzog: Im IWF solle Wohnraum für sozial Schwache geschaffen werden – und darum muss also der Wohnraum für sozial Schwache zerstört werden. Was ist das für eine abenteuerliche Sichtweise. Niemand im Rathaus hatte bis dahin etwas von sozialem Wohnungsbau auf dem IWF-Gelände gehört. Selbst in der 4 Tage vorher stattgefundenen Bauausschusssitzung, bei der alle in Planung befindlichen Bauvorhaben erörtert wurden, wusste niemand etwas davon. Ganz klar, eine Nebelkerze oder eine kleine Behelfslüge? Oder eine große?

Der Integrationsrat hatte noch am selben Tag vor der Sitzung einen flammenden Appell an den Ausschuss gesandt mit der dringenden Bitte, die Siekhöhe nicht weiter zu betreiben. Der vollständige Text findet sich hier - [https://omzehn.noblogs.org/files/2017/06/2017\\_06\\_13\\_Integrationsrat\\_Siekh%C3%B6he.pdf](https://omzehn.noblogs.org/files/2017/06/2017_06_13_Integrationsrat_Siekh%C3%B6he.pdf)

[PAFGG](#) (Psychologisches Angebot für Geflüchtete Göttingen), eine Gruppe von Psychologiestudierenden, die psychosoziale Beratung für Geflüchtete in den Göttinger Unterkünften anbietet, wiesen in ihrer Stellungnahme auf die entwürdigenden und entmündigenden Verhältnisse auf der Siekhöhe hin.

Ungefähr 12 Redebeiträge aus der Bürgerfragerunde, alle sachlich bis sehr ausdrucksstark, hielten die Politik nicht davon ab, alles in den Wind zu schlagen. Es gab keine schlüssigen Argumente der Politik und Verwaltung mehr, die dieses Abstimmungsverhalten rechtfertigten. Am Ende waren fast alle Zuschauer richtig geschockt – und das ist nicht einfach daher gesagt. Niemand aus den Rängen hatte für die Siekhöhe das Wort ergriffen, wirklich niemand. Dem Integrationsrat wurde eine Woche vor seiner Neuwahl klar demonstriert, dass er allenfalls eine Schmuckfeder für sonnige Tage ist. Im Ernstfall spielt er keine Rolle. Allen Ehrenamtlichen die sich hier völlig uneigennützig engagiert haben, wurde mehr oder minder offen ins Gesicht gespuckt. Es bleibt zu hoffen, dass die engagierte Zivilgesellschaft sich nicht völlig ins Private verabschiedet. Mensch bleiben!!

## ► Redebeitrag zur Siekhöhe

**Am 10. Juni fand in Göttingen eine Demonstration gegen das unmenschliche Massenquartier für geflüchtete Menschen auf der Siekhöhe statt. Das Sozialausschuss hat sich für die Beibehaltung der Siekhöhe entschieden. Ein Migrant aus der Mitgliedsorganisation der Göttinger Linke hielt auf der Demonstration der Basisdemokratische Linke eine Rede. Wir dokumentieren diese redaktionell leicht bearbeitet.**

Hallo mein Name ist tl,  
Vor 15 Jahren bin ich mit meiner Familie aus Syrien geflüchtet. In Thüringen, wo wir dann wohnten, fanden wir eine kämpferische Flüchtlingsorganisation: The Voice Refugees Forum. Wir haben damals gegen die Residenzpflicht gekämpft. Denn sie schränkte unser Leben und unsere politische Arbeit ein. Für die Älteren unter euch ist vielleicht der Name Corniluis Yufani ein Begriff. Er wurde nicht durch eine Polizeikontrolle kriminalisiert, sondern weil er auf einer politische Konferenz eine Statement abgab, die aber außerhalb seines Landkreises stattfand. Otto Felix, ebenfalls voice-aktivist, kam 6 Monate ins Gefängnis für die Verletzung des Residenzpflicht und wurde dann abgeschoben. Wir kämpften gegen Lager, ob Bramsche, Katzhütte oder Gehlberg. Gegen Abschiebung und rassistische Polizeigewalt. Ohne uns, Flüchtlinge und Migranten, wäre es u.u. nicht zu einem Verfahren gegen den polizeilichen Mord an Oury Jalloh in Dessau gekommen. Wir waren Flüchtlinge, rechtlos.

Damals sagten wir zu Wahlzeiten. „No vote, but a voice!“ Kein Wahl aber eine Stimme! Unsere Stimme war und ist laut. Es ist die Stimme der Unterdrückten und Ausgebeuteten. Wir kamen aus Länder, in

denen das deutsche Kapital und sein Staat wüteten. Deutsche Bomben auf Jugoslawien und Afghanistan, Siemens-geschäfte mit Foltergeräten an den Iran.

An uns wurde vor Hartz-IV mit 1Euro-Jobs experimentiert. Mit 128 Euro Gutscheine und 40 Euro Taschengeld in den sogenannten Schwarzmarkt gezwungen. Und heute? 15 Kriegseinsätze der Bundeswehr. In Europa wird Deutsch gesprochen. Griechenland und Frontex sind Deutsch dominiert. In Inland ein Rechtsruck auf der gesamten Linie, auf den Straßen und in den Parlamenten. Die Überreste des Asylrechts mit Stimmen der CSU, CDU, FDP, SPD und Grünen zerfetzt. Stärker als jeder Eurofighter es könnte. Serbien, Albanien, Kosovo, Marokko, Algerien, Tunesien, sogar Afghanistan und bald Irak sind zu sicheren Herkunftsländern deklariert.

Dann ein Integrationsgesetz, das ein Bruch mit dem bürgerlichen Recht ist. Gleichheit vor dem Gesetz passé. Als Ausländer wird man doppelt bestraft, nach dem Strafgesetzbuch und nach dem Aufenthaltsgesetz, kurz Abschiebe-gesetz! Diese sogenannte Integrationsgesetz, eigentlich Kriminalisierungsgesetz, trifft nicht nur uns Ausländer, sondern auch die Kollegen in den Betrieben. Denn es spaltet und diszi-

pliniert. Als Ausländer muss ich überlegen, gehe ich auf eine (Streik-) Demo und muss u.u. mit Strafverfolgung rechnen und notfalls abgeschoben werden. Die Hürde ist groß, Widerstand zu leisten. Inzwischen haben wir für Flüchtlinge nicht nur 1Euro-Jobs, sondern auch 80ct -Jobs zur „Integration“ in den Arbeitsmarkt. Da sind die Gewerkschaften und die Kollegen gefragt, gemeinsam dagegen vorzugehen.

Und was hat das mit der heutigen Demo zu tun? Mit der Siekhöhe? Der Rechtsruck wird im ach, so „linksgrün versiffen“ Göttingen durchgezogen, wo die Grünen gegen Massentierhaltung kämpfen, nicht aber gegen die Siekhöhe. Die Siekhöhe ist nichts anderes als konzentrierter Ausdruck des gesellschaftlichen Rechtsrucks in Göttingen: Massenhaltung von Flüchtlingen in Isolation und in verdächtiger Nähe zur Autobahn – gut für schnelle und geräuschlose Abschiebung.

Die fehlende fortschrittliche Alternative: Dezentrale Unterbringung, d.h. Bau von 6000 Sozialwohnungen in Göttingen, Bleibe-recht und gleiche Rechte für alle, d.h. auch gleiche Löhne für Männer und Frauen, aber auch für Ausländer und Deutsche, Leih- und Stamarbeiter, uvm. Dafür brauchen wir alle in den Betrieben, in der Kommune, in der Frauengruppen, wir brauchen die Flüchtlinge und alle Anderen (...) Weil wir den Rechtsruck nicht nur in der Asylfrage stoppen können, sondern ebenfalls auf der gesamten Linie mit einer gesellschaftlichen Alternative Organisiert euch!

**Gegen das Kapital und seinen Staat!  
Für die sozialistisch-kommunistische Gesellschaft! Siekhöhe schließen!**

Auch hier in Göttingen:

## ► Grundstücksspekulanten und Miethaie treiben ihr Unwesen

Nicht nur in den sogenannten Metropolen wie Berlin, München, Stuttgart etc. wird kräftig mit dem An- und Verkauf von vielen n Grundstücken und Immobilien spekuliert und mit satten Gewinnen operiert. Auch Göttingen bleibt nicht davon verschont.

Aktuelles Paradebeispiel ist das riesige Areal der Gothaer im Bereich der Geismarer-Landstraße. Für dieses riesige Grundstück samt seiner etlichen Gebäude haben die Besitzer in den letzten Jahren mehrmals gewechselt. Immer mit der Aussage, bauen zu wollen. Es geschah allerdings nichts in dieser Richtung. Vielmehr wurde teilweise fast unter Verdoppelung des jeweiligen Kaufpreises an den nächsten Investor verkauft. Millionengewinne waren

und sind dabei im Spiel. Und wenn dann wirklich mal gebaut wird, dann werden horrend Mietpreise kalkuliert unter anderem mit dem Hinweis auf die so hohen Grundstückspreise. So werden auch zukünftig in Göttingen etliche Wohnungen von privaten Investoren entstehen, deren Mieten kein/e Normalverdiener\*in bezahlen kann. Da werden Studentenapartements, aber auch kleinste Zimmerchen entstehen, die für BAFÖG-Bezieher\*innen unerschwinglich bleiben. Und so wird auch in Göttingen mit dem Grundbedürfnis Wohnen ungeniert spekuliert und das „große Geld gemacht“. Und da müssen Rat und Verwaltung weitgehend ohnmächtig zusehen, wie ein größerer Areal nach dem anderen (Hutha-

maki, Satorius, IWF, Gothaer-Gelände) an private Investoren geht, während unsere Städtische Wohnungsbaugesellschaft händeringend nach bebaubaren Flächen sucht. Wohnen wird immer mehr zum Luxusgut, die sogenannte Mietpreisbremse stellt sich als „Papiertiger“ heraus und die Kommunalpolitik fällt als Steuerungsfaktor weitestgehend aus. Ebenso wie die z.B. die Grundbedürfnisse auf Energie- und Wasserversorgung darf das Recht auf Wohnen nicht weiter dem sogenannten Spiel der freien Kräfte überlassen bleiben. Spekulant und Miethaien muss durch gesetzliche Vorgaben Einhalt geboten werden.

Gerd Nier